

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 29.11.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:38 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Hartmut Meichsner stellv. Vorsitzender
Herr Ralf Nettelstroth

SPD

Frau Regina
Klemme-Linnenbrügger
Herr Marcus Lufen
Herr Hans-Werner Plaßmann
Herr Jörg Rodermund
Herr Ulrich Windhager

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn
Herr Priv.-Doz. Vorsitzender
Dr. Jörg van Norden

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Frau Jasmin Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz Beratendes Mitglied gem. bis 19:15 Uhr, TOP 4.1
§ 58 Abs. 1, 11 GO

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath
Herr Jürgen Heuer
Herr Cemil Yildirim bis 17:55 Uhr, TOP 6

Verwaltung:

Frau Anja Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Herr Klaus Frank	Umweltamt
Herr Arnt Becker	Umweltamt
Herr Egbert Worms	Umweltamt
Herr Dr. Manfred Dümmer	Umweltamt
Herr Björn Klaus	Umweltamt
Frau Sabine Randermann	Umweltamt
Herr Klaus Kugler-Schuckmann	Umweltbetrieb
Herr Wolf-Eberhard Becker	Umweltbetrieb
Frau Susanne Hoffjann	Umweltbetrieb
Frau Marita Kleiner	Stab Dezernat 3
Herr Volker Walkenhorst	Stab Dezernat 3

Schriftführung:

Frau Katrin Köppe	Umweltamt
-------------------	-----------

Nicht anwesend:

Herr Holger Nolte	CDU-Ratsfraktion
-------------------	------------------

Vor Eintritt in die Sitzung: Vortrag des Bürgerbeirates zu den Ergebnissen des Bürgerbeteiligungsprozesses zur Energiewende (s. TOP 6)

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 17:38 Uhr

Der Vorsitzende Herr Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und bedankt sich beim Bürgerbeirat für das Engagement zum Thema „Gemeinsam zur Energiewende“.

Die Ergebnisse des Bürgerbeirates, die auch unter TOP 6 der Sitzung des AfUK behandelt werden, werden nun von Frau Anja Post, Mitglied des Bürgerbeirates, vorgetragen.

Zum Selbstverständnis des Bürgerbeirates teilt sie mit, dass der Beirat keiner politischen Partei nahestehe. Vielmehr gehe es darum, die Bielefelder Bürger zu vertreten sowie die breite öffentliche Meinung aufzunehmen und in die Entscheidungsgremien zu tragen.

Sie stellt den Forderungskatalog des Bürgerbeirates vor, in dem es im Wesentlichen um folgende Inhalte geht:

- Windenergie:
 - Aktueller Windkraftatlas Bielefeld
 - Bürgerbeteiligung für Windkraftanlagen
 - Potential Kleinwindanlagen
- Photovoltaik:

Der Solaratlas zeige das Potential einer möglichen Nutzbarkeit von Dachflächen. Wünschenswert sei aber auch eine Darstellung der tatsächlichen Solarnutzung. Des Weiteren werde gerade im Bereich der Photovoltaik ein größeres Engagement der Politik und Verwaltung sowie der Stadtwerke Bielefeld gewünscht, da diese auch eine Vorbildfunktion übernehmen.
- Biomasse:

Auch bei der eher umstrittenen Form der Energiegewinnung soll geprüft werden, ob die Potentiale bereits voll ausgeschöpft sind.
- Blockheizkraftwerk:

Es sei festgestellt worden, dass ein großer Informations- und Aufklärungsbedarf zu dieser Form der Energiegewinnung bestehe. Da der Bürgerbeirat Blockheizkraftwerke als sehr sinnvoll einstufte, werde vorgeschlagen, insbesondere bei Neubaugebieten und geplanten Bauvorhaben eine Baugenehmigung von der Installation von BKWs`s bzw. der Einrichtung eines Poolsystems abhängig zu machen.
- Fernwärme:

Es werden mehr Informationen über zukünftige Fernwärmeanschlussgebiete gewünscht.
- Energieberatung (Forderungen):
 - Einbau von Smart Meter Technologie und intelligente Stromzähler
 - Aktive Energieberatung für privat, Hausverwaltung und Gewerbe,
 - Vereinfachung der Altbausanierung,
 - Stromsparunterricht an Bielefelder Schulen,
 - Aktive Aufklärung über Fördermittel,
 - Innovative Konzepte für produzierende Gewerbe für Eigenstromerzeugung.

Die Fraktionen bedanken sich beim Bürgerbeirat und der Verwaltung für das Engagement. Einige Anwesende sprechen sich dafür aus, die Arbeit des Bürgerbeirates fortzusetzen und das Konzept auch auf andere wichtige Entscheidungen in Bielefeld zu übertragen.

Herr Schmelz fragt, ob der Bürgerbeirat die Ideen selbst entwickelt oder fachlichen Input erhalten habe. Zu den vorgetragenen Ergebnissen sei ihm aufgefallen, dass das Thema Atomkraft unerwähnt geblieben sei.

Frau Post teilt mit, dass es auch Ideen von Außerhalb gegeben habe, z.B. im Rahmen von Vorträgen. Das Thema Atomkraft und Fukushima sei besprochen worden, der Ausstieg aus der Atomenergie habe jedoch nicht im Fokus des Beratungsprozesses gestanden.

Herr Lufen merkt an, dass das Thema „Elektromobilität“ nicht angesprochen worden sei.

Frau Post antwortet, dass es um erneuerbare Energie und insbesondere um die Energieerzeugung gegangen sei. Das Thema Elektromobilität sei nur am Rande behandelt worden.

Herr Hahn führt an, dass die Energieerzeugung durch Biogas leider zwei Seiten habe. Insbesondere führe der Ausbau zur Verarmung der Landschaft.

Die Nutzung der Windenergie in Bielefeld wird von einigen Fraktionen als schwierig bezeichnet, da sich auf Grund der Windverhältnisse eigentlich nur der Teutoburger Wald anbieten würde. Doch gerade dort lägen besonders geschützte Gebiete (z.B. FFH-Gebiete). Bei einer Nutzung der Windenergie in Außenbezirken müsse man die Transportwege zum Endverbraucher beachten. Im Übrigen müssen auch in Außenbereichen die Interessen der Anwohner beachtet werden.

Frau Post meint, dass große Windanlagen in Bielefeld tatsächlich schwierig zu realisieren seien. Daher haben sich die Stadtwerke Bielefeld bereits außerhalb von Bielefeld auf diesem Gebiet engagiert. Für Bielefeld halte sie daher auch kleine Anlagen für interessant.

-.-.-

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zur Tagesordnung teilt er mit, dass TOP 6, der sich auf den Vortrag vor Sitzungsbeginn bezieht, vorgezogen und direkt nach der Genehmigung der Niederschrift behandelt werden solle. Der Ausschuss erklärt sich einverstanden.

Des Weiteren teilt er mit, dass Herr von Spiegel den folgenden Dringlichkeitsantrag zur Sitzung eingereicht habe:

„Trockenmauer an der Furtwängler Straße“.

Herr Dr. van Norden weist darauf hin, dass es sich um eine Maßnahme handele, die im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Verkehr liege.

Herr Meichsner teilt mit, dass die BV Mitte in ihrer letzten Sitzung dem wortgleichen Antrag gefolgt sei. Da es sich um eine bezirksbezogene Angelegenheit handele, halte er die BV für zuständig. Gleichwohl sei für ihn eine Stellungnahme des Umweltamtes in dieser Angelegenheit interessant.

Herr von Spiegel begründet die Dringlichkeit seines Antrages. Er weist dabei darauf hin, dass trotz des Beschlusses der BV Mitte der Abbruch der Mauer fortgesetzt worden sei. Er halte den Artenschutz an dieser Stelle aber für wichtig.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Als Dringlichkeitspunkt wird der TOP 14.1: Trockenmauer an der Furtwänglerstraße auf die Tagesordnung gesetzt.

- einstimmig beschlossen –

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 18.10.2011

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 18.10.2011 (Nr. 17) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

~*~

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Flächen für Wind- und Sonnenenergie in Bielefeld

Frau Ritschel teilt hierzu folgendes mit:

Die Bürgerbeteiligung zur Energiewende und jüngste Medienberichte sind Anlass für eine kurze Darstellung zum Sachstand der Standortsuche für Erneuerbare Energie.

Ziel ist, den verwaltungsinternen Abstimmungsprozess und die notwendigen technischen Klärungen schnell voranzutreiben, damit baldmöglichst Beschlussvorschläge vorgelegt werden können.

Bei der Windenergie geht es zunächst darum, die 3 vorhandenen Vorranggebiete vollständig zu nutzen. Für den Standort Bröninghausen sind die noch verfügbaren Aufnahmekapazitäten festzustellen und für den Standort Twachtweg ist die Bereitschaft des Eigentümers neu abzufragen.

Neue Standorte werden unter Beachtung des neuen Windenergieerlasses gesucht, wobei nach derzeitiger Einschätzung ca. 4 neue Standorte schon ein sehr gutes Ergebnis wären.

Die Photovoltaik ist besonders umweltschonend genutzt, wenn sie auf Dächern installiert ist. Wirtschaftlich interessant und stromertragreich sind aber auch Freiflächenanlagen, sogenannte Sun-Parks. Im Sinne einer verantwortungsbewussten Flächenverbrauchs sollten Konversionsflächen genutzt werden. Das Umweltamt beabsichtigt in einem ersten Schritt hierfür die Deponien Beukenhorst und Speelbrink

zur Verfügung zu stellen. Sobald die Trägerschaft, die technische Konzeption und das Genehmigungsverfahren geklärt sind, wird der Ausschuss ausführlich informiert.

Vergabe des Umwelt- und Klimaschutzpreises

Frau Ritschel teilt mit, dass der Umwelt- und Klimaschutzpreis am 28.02.2012 um 18.00 Uhr verliehen werden soll. Die Mitglieder des AfUK werden zur Preisverleihung eingeladen. Eine offizielle Einladung werde zeitnah versandt.

Wasserrahmenrichtlinie

Herr Wörmann teilt mit, dass im nächsten Schritt zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in NRW die Kreise und kreisfreien Städte bis Ende März 2012 einen Umsetzungsfahrplan bis zum Zeithorizont 2027 bei der Bezirksregierung vorlegen sollen. In diesem Umsetzungsfahrplan würden die Gewässerabschnitte genannt, in denen ökologische Aufwertungen vorgenommen werden müssen, um insgesamt einen guten Zustand zu erreichen. Die geeigneten Maßnahmengruppen würden vorgestellt. Es handele sich noch nicht um Ausführungsplanungen.

Der Entwurf des Umsetzungsfahrplanes sei am letzten Donnerstag den Kooperationspartner vorgestellt worden; das sind Vertreter der Landwirtschaft, der Angler, der Naturschutzverbände usw. Die Unterlagen könnten im Internet unter www.bielefeld.de Umwelt.Natur.Klima eingesehen werden. Bis zum Jahresende könne jede und jeder dazu Anregungen einbringen. Die Befassung des AfUK sei für Februar vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Wasserwerk Ubbedissen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3293/2009-2014

Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2011

Nach einigen anderen Wasserwerken und dem Wasserwerk Ummeln ist das WW Ubbedissen das letzte Wasserwerk, welches stillgelegt wird. Sind weitere Stilllegungen von Wasserwerken in Bielefeld geplant (z.B. die Brunnen auf dem Gelände des Flugplatzes Windelsbleiche)?

Zusatzfrage:

Welche Auswirkungen werden die bisherigen Stilllegungen von Wasserwerken auf die Versorgungssicherheit für Bielefeld haben, falls durch - nicht wünschenswerte -Vorkommnisse ein Ausfall anderer wichtiger Wasserbrunnen, z.B. in der Senne, eintritt?

Herr Wörmann liest hierzu sowie zu den Fragen aus der letzten Sitzung am 18.10.2011 die Antworten der Stadtwerke vor, die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt sind.

Herr Hahn wünscht, dass das Thema Wasserversorgung in Bielefeld als ordentlicher TOP im AfUK behandelt wird. Er kündigt hierzu einen Antrag zur nächsten Sitzung des Ausschusses an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

Zu Punkt 4.1 **Ergänzungen für landschaftsverträgliche Freizeitangebote und Naturerleben im Erholungsgebiet Obersee und Johannisbachau**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2915/2009-2014

Herr Meichsner bittet die Verwaltung zu den Vorschlägen der BV Heepen um eine Stellungnahme, bevor über die Vorlage und die Zusatzbeschlüsse der BV entschieden wird.

Zur Vorlage selbst hat er folgende Fragen und Anmerkungen:

- Entwicklungsflächen für Natur und Landschaft: Er meint, dass zukünftig eine Pflege der Blänken erforderlich sein werde und langfristig eine Verlandung statfinde. Daher könne er nicht nachvollziehen, aus welchem Grund die Verwaltung nicht mit Folgekosten rechne.
- Halhof: Er kritisiert, dass Kinder und Jugendliche eigenständig Pferde über die Straße führen. Man solle prüfen, ob man aus Sicherheitsgründen zur Talbrückenstraße Veränderungen vornehmen kann und ggf. private Pachtflächen, die hinter dem Halhof liegen, mit einbeziehen kann.
- Information: Er bittet darum, auch die Historie darzustellen.

Er merkt des Weiteren kritisch an, dass sich Fußgänger und Inlineskater einen Weg teilen müssten, da Skater viel schneller sind. Er schlägt daher vor, die Wege für Fußgänger und Skater zu trennen.

Herr von Spiegel weist darauf hin, dass man beim Halhof das Baurecht betrachten müsse. Zunächst solle dort ein B-Plan aufgestellt werden.

Herr Schmelz meint, dass eine Umsetzung der wasserbaulichen Maßnahmen auch durch Bürgerschaftliches Engagement möglich sein könne. Als Beispiel nennt er den Verein „Lichtlandschaften“, der bereits eigene Maßnahmen umgesetzt habe. Er schlägt vor, diese Möglichkeit auch in die Beschlussvorlage aufzunehmen.

Herr Vollmer fragt nach einer Anbindung des Bereiches an den öffentlichen Personennahverkehr. Er kritisiert, dass mehr Parkplätze vorgesehen seien. Er meint, dass man prüfen solle, wie man mit dem Verkehr zukünftig umgeht.

Herr Wörmann erläutert, dass für jede Maßnahme ein separates Ausführungskonzept erforderlich sei und man finanzielle Mittel und ggf. auch Sponsoren benötige. Er geht davon aus, dass die zusätzlichen Parkplätze benötigt werden, im Plan aber bisher nur eine sinnvolle Verortung dargestellt ist. Zu der Frage von Herrn Meichsner teilt er mit, dass sich Folgekosten zukünftig nicht gänzlich ausschließen lassen, sich aber insgesamt in Grenzen halten und in den ersten Jahren nicht anfallen würden. Die beschriebene Gefahr durch die Reiter am Halhof könne er nachvollziehen. Man werde hier den Betreiber des Reitstalles ansprechen. Eine Trennung von Fußgängern und Skatern könne diskutiert werden, wenn für das Projekt die Planungsphase beginne.

Frau Wahl-Schwentker hält es für wichtig, dass die Option für den geplanten Untersee nicht berührt werde.

Herr Hahn verweist auf die bestehende Beschlusslage zum Untersee. Er schlägt vor, die Zusatzbeschlüsse der BV Heepen nicht zu beschließen, da diese (z.B. durch Beschlüsse zu einer Ampelanlage) über den eigentlichen Inhalt der Vorlage, in der es um Feuchtgebiete gehe, weit hinausgehen.

Herr Meichsner ist der Auffassung, dass die Empfehlungen der BV Heepen z. T. in der Kompetenz anderer Ausschüsse liegen, so dass der AfUK hierüber nicht abschließend entscheiden könne. Der AfUK könne hierzu nur Empfehlungen aussprechen. Insgesamt bittet er die Verwaltung zu den einzelnen Punkten um Prüfung und um Stellungnahme, ob ein Eingriff in die zukünftige Planung einschließlich der Gebietsentwicklungsplanung vorliege.

Auf Antrag von Herrn Lufen wird die Sitzung von 19:10 Uhr bis 19:25 Uhr zur weiteren Beratung unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung fasst der Ausschuss auf Antrag von Herrn Nettelstroth folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Vorlage wird in der heutigen Sitzung in 1. Lesung behandelt.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 4.2

Anlage von Kleingewässern und Feuchtblänken in der

JohannisbachauBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2908/2009-2014

1. Lesung -

-.--

Zu Punkt 4.3 Rekultivierung der Bodendeponie TalbrückenstraßeBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2914/2009-2014

1. Lesung -

-.--

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.--

Zu Punkt 6 Gemeinsam zur Energiewende - Bielefeld will's wissen - Ergebnisse des BürgerbeteiligungsprozessesBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3350/2009-2014

- TOP 6 wird nach TOP 1 behandelt -

Frau Ritschel berichtet über die Bürgerbeteiligung, die mit der Abschlussveranstaltung am 15.11.2011 offiziell beendet worden ist. Als positiv stellt sie hervor, dass in einem überschaubaren Zeitraum eine breite Beteiligung generiert werden konnte. Leider sei es aber nicht gelungen, insbesondere junge Menschen, die in erster Linie angesprochen werden sollten, zu erreichen.

Herr Nettelstroth bedankt sich bei dem Bürgerbeirat und den beteiligten Bürgern für die Mitarbeit. Dennoch äußert er sich enttäuscht über die insgesamt geringe Beteiligung. Nach den Ereignissen im japanischen Fukushima habe er ein größeres Interesse an einer Bürgerbeteiligung erwartet. Durch die Bürgerbeteiligung sei man im Wesentlichen auch nicht zu neuen Erkenntnissen gekommen. Zur Windkraft meint er, dass es in Bielefeld schwierig sei, entsprechende Flächen auszuweisen. Der Teuto sei hierfür jedenfalls nicht geeignet.

Er beantragt, den Beschlusstext dahingehend zu ändern, dass das Wort „erwartet“ durch die Formulierung „empfiehlt“ ersetzt wird. Für seine Fraktion kündigt er die Zustimmung zum Beschlussvorschlag an.

Herr von Spiegel meint, dass über viele Themenbereiche nicht

ausreichend informiert worden sei, wie z.B. über die zukünftig zu erwartenden Energiepreise.

Des Weiteren solle man grundsätzlich offen für andere Investoren außerhalb der Stadtwerke Bielefeld sein.

Herr Schmelz führt die geringe Bürgerbeteiligung auf den „Schlingerkurs“ des Rates zurück, der trotz der Bürgerbeteiligung ein Energiekonzept beschlossen habe. Dieses habe einige Interessenten verprellt. Er beantragt, dass der Bürgerbeirat weiterhin die Energiewende auf dem Gebiet der Stadt Bielefeld begleiten solle.

Herr Lufen äußert sich enttäuscht von der Beteiligung, zumal das Thema in den Medien sehr präsent sei. Er halte es für schwierig, Jugendliche anzusprechen und schlägt vor, zu überlegen, ob und wie man die Schulen einbinden könne.

Auch Herr Vollmer meint, dass man die Schulen einbeziehen solle und schlägt vor, das Thema im Rahmen von Projekten zu behandeln.

Frau Ritschel erläutert zur Beteiligung der Bürger, dass es hier verschiedene Angebote, u. a. diverse Veranstaltungen und das Internetforum, gegeben habe. Man habe aber keine Massenbewegung initiieren können.

Die Energiewende sei ein sehr umfassendes Thema, wobei das Konzept der Stadtwerke im Rahmen der Bürgerbeteiligung als gut angesehen wurde. Der konkrete Prozess sei nun abgeschlossen; die Bürgerbeteiligung solle aber themenbezogen und standortbezogen weiter gehen. Zu der Anmerkung von Herrn von Spiegel teilt sie mit, dass die Ergebnisse des Bürgerbeirates die Punkte dokumentierten, die im Prozess diskutiert worden seien. Weitere Themenbereiche seien deshalb aber nicht unwichtig.

Zum Änderungsantrag von Herrn Nettelstroth meint Herr Schmelz, dass die angesprochene Formulierung durch die Worte „fordert auf“ ersetzt werden sollte, um die Stellung des Rates gegenüber den Stadtwerken hervorzuheben. Denn der Rat gebe die strategischen Ziele vor.

Herr Nettelstroth sagt, dass es ihm in seinem Vorschlag um eine politische Aufforderung und um die Ausstrahlungswirkung gehe.

Sodann lässt der Vorsitzende Herr Dr. van Norden über den Änderungsantrag von Herrn Nettelstroth abstimmen.

– s. Beschluss Nr. 1 –

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Schmelz ist damit hinfällig.

Im Anschluss wird über den Zusatzantrag von Herrn Schmelz zur Weiterführung des Bürgerbeirates abgestimmt.

- s. Beschluss Nr. 2 –

Beschluss:

1. Der Rat empfiehlt der Stadtwerke Bielefeld GmbH, die sich aus dem Bürgerbeteiligungsprozess ergebenden Anregungen bei der Umsetzung des Energiekonzeptes 2020 aufzugreifen und umzusetzen. Hierzu gehören insb.
 - die verstärkte Realisierung von Windenergienutzung im Bielefelder Stadtgebiet
 - ergänzende Angebote für eine unmittelbare Beteiligung von Bürger/innen an Erneuerbaren Energieanlagen
 - die Schaffung von und Unterstützung für mehr Transparenz im Energieverbrauch der Stadtwerke-Kund/innen (Abrechnungen, intelligente Zähler u.ä.)

Der Rat greift seinerseits die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses auf und empfiehlt, dass diese Eingang in das von ihm beschlossene Handlungsprogramm Klimaschutz und dessen Umsetzung im Rahmen der Klimakampagne finden. Hierzu gehören insb.

- die verstärkte Realisierung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern (durch eigene Investitionen oder durch Bereitstellung für Dritte, hier v.a. Bürgerprojekte)
 - die Unterstützung der Bevölkerung bei der Energiewende durch Fortführung und Ausweitung des Beratungsangebotes
 - das Eintreten für ehrgeizige energetische Standards bei Neubauten
- einstimmig beschlossen –

2. Der Rat bittet die Mitglieder des Bürgerbeirates auch zukünftig die Energiewende auf Bielefelder Ebene konstruktiv zu begleiten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3292/2009-2014

Herr Meichsner bittet um Auskunft zu den Kosten für das Personal und für Einsätze im Rahmen der Vereinsarbeit und fragt, ob die Arbeit für den Verein im Rahmen der Arbeitszeit geleistet werde.

Herr Becker erläutert, dass keine zusätzlichen Personalkosten anfallen werden. Man erhoffe sich, dass letztendlich Personalkosten eingespart werden können.

Herr Lufen begrüßt das Engagement. Er schlägt vor, eine Entscheidung nur vorbehaltlich einer Zustimmung des FiPA zu treffen, da dieser seiner Meinung nach über den Vereinsbeitrag entscheiden müsse.

Herr Vollmer weist darauf hin, dass in vielen anderen Kommunen

Vereinsbeitritte grundsätzlich ausgeschlossen seien. Er fragt, ob der Rat der Stadt Bielefeld einen ähnlichen Beschluss gefasst habe.

Frau Ritschel teilt mit, dass es einen grundsätzlichen Ratsbeschluss hierüber nicht gebe. Es liege aber in der Kompetenz des Rates, über Vereinsbeitritte zu entscheiden. Sofern es gewünscht sei, könne die Vorlage in der nächsten Woche auch im FiPA beraten werden.

Sie erläutert, dass der Vereinsbeitrag aus dem laufenden Budget des Umweltamtes getragen werde. Die Arbeit für den Verein finde während der Arbeitszeit statt – schließlich sei die Stadt Bielefeld Vereinsmitglied. Im Übrigen werde das Thema „Biodiversität“ im Rahmen der täglichen Arbeit behandelt. Da das Themenfeld „Biodiversität“ neu sei, gebe es diese Art von Vernetzung in diesem Bereich noch nicht. Dem Verein bereits als Gründungsmitglied anzugehören, verschaffe der Stadt Bielefeld mehr Mitgestaltungsrechte.

Herr Nettelstroth befürwortet aus fachlicher Sicht den Vereinsbeitritt. Er hält das Thema „Biodiversität“ für wichtig und meint, dass eine fachliche Betreuung sinnvoll sei. Er schlägt vor, dass der AfUK in seinem Beschluss nur eine fachliche Entscheidung treffe, dass eine Mitarbeit in dem Gremium für sinnvoll erachtet werde. Die grundsätzlichen Fragen zur Vereinsmitgliedschaft solle der Haupt- und Beteiligungsausschuss entscheiden. Eine zusätzliche Beratung im FiPA sei aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Lufen schließt sich der Auffassung an, dass die Beratung im Haupt- und Beteiligungsausschuss ausreiche.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt aus fachlicher Sicht dem Rat der Stadt Bielefeld, dem Beitritt zu dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. als Gründungsmitglied zuzustimmen,

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

25. Änderung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben vom 18.12.1987

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3291/2009-2014

Auf die Frage von Herrn Meichsner zur zukünftigen Finanzierbarkeit teilt Herr Wörmann mit, dass hierzu im AfUK berichtet werde, bevor die Gebührekalkulation für 2013 anstehe. Bei der Lösung des Problems solle das Rechtsamt eingebunden werden.

Beschluss:

Die 25. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987 wird gemäß der Anlage beschlossen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9**Naturnahe Umgestaltung des Johannisbaches im Bereich der Wehranlage Stiftsmühle einschließlich Bau eines Umgehungsgerinnes****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 3199/2009-2014

Herr Kleinesdar fragt, ob das Wehr zukünftig noch für die derzeitige Nutzung, z.B. für das Entenrennen und für Kanuten, nutzbar sei.

Herr Becker teilt mit, dass die Nutzung für Kanuten bereits vor einigen Jahren eingestellt worden sei und das Entenrennen aktuell vor dem Wehr ende. Nach dem Bau des Umgehungsgerinnes laufe der Durchfluss bei Niedrigwasser überwiegend über die Umflut.

Auf den Vorschlag von Herrn von Spiegel, den städtischen Eigenanteil aus der Sonderrücklage zu finanzieren, teilt Frau Ritschel mit, dass die Vorlage mit der Kämmerei abgestimmt sei und sie keine Notwendigkeit zur Umschichtung der Mittel sehe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10**Johannisberg - Entwurfsplanung zur Umsetzung des Parkpfliegerwerkes II für den Winzer'schen Garten****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 3297/2009-2014

Herr Meichsner berichtet zu dem Ergebnis der Beratungen im Betriebsausschuss ISB, der unmittelbar vor der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz getagt hat. Da sich der BISB in seiner nächsten Sitzung noch mal mit der Thematik befassen wird, schließt sich der AfUK der dortigen Verfahrensweise an und fasst den folgenden

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz stimmt der Erstellung des Weges und Restaurierung der Mauer unter Berücksichtigung der Punkte 1 und 2 der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Mitte zu.
2. In der nächsten Sitzung ist das Gesamtkonzept Johannisberg einschließlich der erfolgten und noch zu erfolgenden und zu beschließenden Realisierungsschritte unter Berücksichtigung der finanziellen Aufwendungen darzustellen.
3. Im Rahmen dieser Darstellung ist sowohl die erweiterte, als auch die abgespeckte Planung mit dem Ziel einer nachhaltigen Umsetzung zur Beratung und Beschlussfassung vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **31. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung vom 23. November 1978**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3289/2009-2014

Frau Ritschel teilt mit, dass die Veränderungen des Straßenverzeichnisses von allen Bezirksvertretungen – bis auf die BVen Jöllenbeck und Stieghorst - beschlossen worden seien. Beide Bezirksvertretungen würden sich noch vor der Ratssitzung mit der Angelegenheit befassen.

Auf Vorschlag von Herr Nettelstroth soll die Beschlussfassung unter Vorbehalt einer Zustimmung der beiden Bezirksvertretungen erfolgen.

Der Ausschuss fasst daraufhin den folgenden

Beschluss:

Die 31. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld vom 23. November 1978 wird vorbehaltlich der Zustimmung der BV Jöllenbeck und BV Stieghorst zu den vorgeschlagenen Reinigungsklassen der im Oktober gewidmeten Straßen gem. Anlage II beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlussfassung über die 4. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2006**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3252/2009-2014

Beschluss:

Die 4. Änderung zur Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.2006 wird gem. der Anlage I beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

9. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19.12.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3286/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Die 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997, zuletzt geändert durch Satzung vom 16.12.2010 wird gemäß Anlage I beschlossen.

Die Gebührensätze gem. der Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 20. Dezember 2010, bleiben unverändert bestehen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3288/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Die Gebührensätze, die in der Ratssitzung am 16. Dez. 2010 auf der Grundlage der 32. Nachtragssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973

beschlossen worden sind, bleiben unverändert bestehen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14.1 Trockenmauer an der Furtwängler Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3401/2009-2014

Dringlichkeitsantrag der BfB-Fraktion:

„Die Trockenmauer an der Furtwänglerstraße 1 – 8 soll in ihrer jetzigen Form erhalten werden. Ausbesserungsarbeiten sollen erst ab dem Frühsommer 2012 in gleicher Bauweise erfolgen.“

Herr von Spiegel begründet den von ihm gestellten Antrag.

Frau Ritschel meint, dass heute keine fachliche Diskussion geführt werden könne. Die begonnene Verkehrssicherungsmaßnahme liege im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Verkehr. Zur notwendigen Verkehrssicherung liege ein Gutachten vor, nach dem Handlungsbedarf bestehe. Daher habe das Amt reagieren müssen.

Herr Becker teilt mit, dass die Trockenmauer ein hohes ökologisches Potential für Insekten, Spinnen und andere Kleintiere habe. Rein rechtlich beschränke sich die Abarbeitung des Artenschutzes aber nur auf planungsrelevante Arten. Von diesen können wiederum nur wenige (z.B. Eidechsen) in der Trockenmauer vorkommen. Die Sanierung der Mauer tangiere den Artenschutz rein rechtlich somit nicht.

Frau Wahl-Schwentker fragt, ob die Verkehrssicherung auch mit dem gleichzeitigen Erhalt der Mauer erreicht werden könne.

Herr Meichsner kritisiert, dass hier Fakten geschaffen worden seien. Zum jetzigen Zeitpunkt könne der AfUK das Verfahren nicht mehr stoppen. Seiner Meinung nach sei die Chance vertan worden, eine Trockenmauer zu erhalten, da die Verkehrssicherungspflicht auch bei einer Trockenmauer eingehalten werden könne. Er hält Trockenmauern insgesamt für sehr langlebig; diese Mauer habe schon 100 Jahre gehalten.

Er bedauert, dass man nicht vor dem Beginn der Maßnahme die BV beteiligt habe. Für die Zukunft bittet er darum, solche Fragen in den Gremien zu beraten.

Herr von Spiegel meint, dass von der Mauer zu keiner Zeit eine reale

Gefahr ausgegangen sei. Denn ansonsten hätte die Stadt vor Baubeginn den gefährdeten Straßenabschnitt absperren müssen. Der Ausschuss solle daher dem Amt für Verkehr empfehlen, die Mauer zu erhalten.

Herr Lufen schließt sich den Ausführungen von Herrn Meichsner an. Ohne einen Bericht der Verwaltung sei es ihm nicht möglich, eine Entscheidung in dieser Angelegenheit zu treffen. Insgesamt vertraue er aber auf die Entscheidung des Amtes für Verkehr.

Herr von Spiegel weist darauf hin, dass bisher nur etwa 10 m der 110 m langen Mauer abgerissen worden seien. Daher sei auch zum jetzigen Zeitpunkt noch ein Baustopp möglich.

Herr Dr. van Norden schlägt vor, die Beschlussfassung dahingehend abzuändern, dass der Natur- und Umweltschutz weitestgehend berücksichtigt werden soll.

Herr Vollmer fordert, dass in die Beschlussfassung aufgenommen wird, dass der AfUK zukünftig bei vergleichbaren Entscheidungen einbezogen wird.

Der Ausschuss fasst daraufhin den folgenden

Beschluss:

Der AfUK fordert,

- dass bei der Instandsetzung der Mauer dem Natur- und Umweltschutz weit möglichst Rechnung getragen wird und
- dass der AfUK in ähnlichen Fällen zukünftig in die Beratungen einbezogen wird.

- einstimmig beschlossen -

Der Antrag ist als Anlage 2 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 15

Termine

Herr Dr. van Norden schlägt für die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz im Jahr 2012 zu einzelnen Terminen Verschiebungen vor.

Da einige Mitglieder die vorgeschlagenen Änderungen zunächst mit weiteren Gremien abstimmen müssen, einigt man sich darauf, dass den Mitgliedern die Termine schriftlich per E-Mail mitgeteilt werden. Eine Rückmeldung an Frau Ritschel oder die Schriftführerin soll bis zum 08.12.2011 erfolgen.

-.-.-

Zu Punkt 16 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

keine
